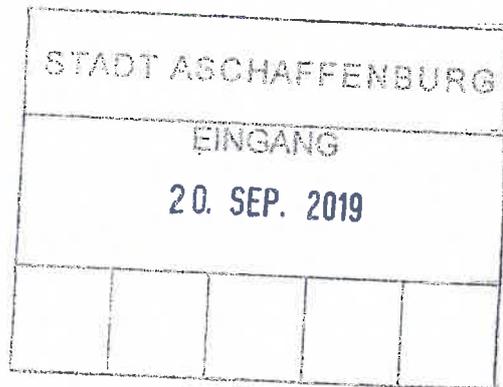


*KI\* – c/o Johannes Büttner, Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg*

An den Oberbürgermeister  
Klaus Herzog  
(per mail)

den Medien zur Kenntnis



**Kommunale Initiative (KI)**

*Johannes Büttner  
Stadtrat der Kommunalen Initiative (KI)*

*Rathaus/Dalbergstr. 14  
63739 Aschaffenburg  
Tel/Fax: 06021/980251  
Mobiltel:  
0170-3333722  
johannes.buettner  
@kommunale-initiative.de*

**Antrag: Überführung der Busfahrer\*innen der SVG in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TV-N) - Zukunft der SVG - Keine Privatisierung des ÖPNV**

**20.09.2019**

Im Namen der Kommunalen Initiative (KI) stelle ich hiermit folgende Anträge die einzeln abgestimmt werden sollen:

**1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der SVG (Aschaffener Verkehrs GmbH) zum Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern.**

**2. Die SVG wird aufgelöst und die Busfahrer/Busfahrerinnen werden wieder bei den Stadtwerken als Fahrer/Fahrerin geführt.**

**3. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, das Angebot an städtischen Busleistungen weiter auszubauen und keine Privatisierung des ÖPNV durch Auslagerung von Transportleistungen an private Taxi-Unternehmen zuzulassen.**

*[info@kommunale-initiative.de](mailto:info@kommunale-initiative.de)*

*Bankverbindung:  
Sparkasse Aschaffenburg  
IBAN:  
DE67795500 0000  
05178801  
BIC:  
BYLADEM1ASA*

*[www.kommunale-initiative.de](http://www.kommunale-initiative.de)*

**Begründung:**

Zu 1.) Die SVG ist nicht Mitglied im Arbeitgeberverband und lehnt sich für ihre Beschäftigten an den Tarifvertrag der privaten Busunternehmen (LBO) an. Damit verdient ein Busfahrer weit weniger als ein vergleichbarer Kollege im öffentlichen Dienst. Im Vergleich verdient in Aschaffenburg der Fahrer der Müllabfuhr weit mehr als der Busfahrer der SVG obwohl dieser weit mehr Verantwortung für die Sicherheit und Gesundheit der zu transportierenden Fahrgäste hat. Rechtssicherheit durch die Anlehnung an den TV der LBO ist bei den Fahrern und für den Betriebsrat nicht gegeben. Ein kollektiver Anspruch besteht nicht. Gleichzeitig existiert ein

*\*Die basisdemokratische Liste im Stadtrat von Aschaffenburg*

*Mitglied bei attac und Mehr Demokratie e.V.*

Prämiensystem bei der SVG, das mit seiner Regelung: Abzug der Prämie bei Krankheit; eine gesundheitsschädliche Komponente enthält.

Fakt ist, dass gut ausgebildete Fahrer der SVG aufgrund niedriger Entlohnung zu anderen Busbetrieben wechseln die eine bessere Bezahlung und bessere Bedingungen anbieten. Hier ist z.B. die KVG zu nennen, die nach dem Eisenbahntarif zahlt.

Die niedrige Bezahlung ist ein Grund für den momentanen Fahrermangel der SVG, der dazu führt, dass mit 450,- Euro-Kräften versucht wird diesen Mangel auszugleichen. U.a. werden Fahrer, die schon in Rente sind an das Steuer gesetzt um Linienausfälle zu vermeiden. Überstunden in großer Anzahl haben sich angesammelt. Trotzdem werden uns immer mehr Ausfälle von Linien gemeldet. Ein Personalpuffer an Fahrern ist nicht vorhanden. Die Krankenquote ist mit 13% sehr hoch und muss ausgeglichen werden.

Zu 2.) Die SVG wird als sogenannter „Gemeinschaftsbetrieb“ zusammen mit den Stadtwerken geführt. Diese Konstruktion ist im Arbeitsrecht nicht gesetzlich definiert. Die gleichzeitige Führung von „Altfahrern“ im TV-N (Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes) und „Neufahrern“ im angehängten Betrieb SVG der gleichzeitig ein gemeinsamer Betrieb mit dem Eigenbetrieb Stadtwerke sei, war eine Konstruktion um auf Kosten des Einkommens von Fahrern/Fahrerinnen Geld zu sparen und ist nun nach mehreren Jahren an ihr Ende gekommen. Fahrermangel wegen schlechter Bezahlung und schlechterer Arbeitsbedingungen, Ungleichbehandlung von Alt- und Neufahrern müssen endlich korrigiert werden. Das „Ausleihen“ von Fahrern der SVG an den Eigenbetrieb Stadtwerke der auch Fahrer mit TV-N beschäftigt ist zu beenden. Sollten die Fahrer dann wieder nach dem TV-N bezahlt werden, können sie auch wieder beim Eigenbetrieb angestellt sein. Das Konstrukt SVG kann entfallen.

Zu 3.) Dieser Fahrermangel erklärt auch, warum von Seiten der Geschäftsführung partout eine Ausweitung des Busangebotes, auch in die Nachtzeiten am Wochenende und Sonntagfrüh abgelehnt wird. Die Geschäftsführung greift lieber auf Privat-Taxen zurück und der ÖPNV wird damit privatisiert. Auch die mögliche „Neuerung“ mit Rufbus-System (Kleinbussen) an Sonntagen - und damit die mögliche Abschaffung des Busangebotes durch die Stadtwerke und Ersetzung durch private Taxi-Unternehmen - ist damit zu erklären. Für Sonntagfrüh gilt diese Privatisierung ja schon. Die Behauptung von Verwaltung, OB und Parteien, dass die Stadt keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen zulassen würde, ist damit nicht mehr zu halten. Die Ausweitung des Busangebotes entspricht sowohl den Zielen des **Nahverkehrsplanes** wie auch den Zielen des **Klimakonzeptes**. Beides vom Stadtrat bereits beschlossen.

Johannes Büttner  
KI-Stadtrat

